

Anregung des stellvertretenden Mitgliedes Tobias Kühne (CDU/FDP-Fraktion) im Jugendhilfeausschuss

Ende 2015 läuft das Bundesprogramm „Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ aus, an dem 14 hallese KITAS unterschiedlicher Träger teilnehmen. Ab 2016 wird es in veränderter Form durch das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ ersetzt.

In beiden Bundesprogrammen geht es um die sprachpädagogische Arbeit im Elementarbereich, wofür jeder teilnehmenden Einrichtung eine zusätzliche Fachkraft für Sprachförderung (0,5 VZS nach TVöD S8) und ein Sachkostenbudget voll finanziert werden (insgesamt 25.000€ pro Jahr). Die Aufgaben der zusätzlichen Fachkraft sind die Beratung von Eltern, die Begleitung, Qualifikation und fachliche Unterstützung des KITA-Teams sowie die exemplarische sprachliche Bildungsarbeit mit den Kindern.

Im aktuellen Bundesprogramm „Frühe Chancen“ sind die Zielgruppen Kinder aus bildungsbenachteiligten Verhältnissen und Kinder mit anderer Muttersprache als Deutsch. Im Programm „Sprach-Kitas“ werden diese Zielgruppen explizit um Kinder aus Flüchtlingsfamilien erweitert.

Während am auslaufenden Bundesprogramm jeder Träger mit seiner KITA bzw. seinen KITAS allein teilnahm, müssen sich für die Teilnahme am kommenden Bundesprogramm zwingend 10-15 Einrichtungen zu einem Verbund zusammenschließen. Dieser Verbund wird durch eine Fachberaterin oder einen Fachberater koordiniert. Diese Stelle (0,5 VZS nach TVöD S17) wird bei einem der beteiligten Träger angesiedelt und inklusive eines Sachkostenbudgets mit 32.000€ pro Jahr voll finanziert.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten hat im aktuellen Bundesprogramm 5 Einrichtungen, für das neue Bundesprogramm jedoch sein Interesse an der Teilnahme 10 weiterer seiner Einrichtungen bekundet. Man ist also bestrebt einen eigenen Verbund zu bilden. Dieses Vorhaben begrüße ich ausdrücklich, die Erfolgsaussichten bewerte ich aus unterschiedlichen Gründen jedoch als fraglich. Wegen der heterogenen KITA-Landschaft in unserer Stadt halte ich aber auch die Einbeziehung der freien KITA-Träger für ausgesprochen wünschenswert.

Ich rege daher an, dass sich die Verwaltung zeitnah mit den Anforderungen des 2016 beginnenden Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ auseinandersetzt und das Jugendamt eine koordinierende Vermittlerrolle zwischen den Trägern der KITAS, die sich am Interessenbekundungsverfahren beteiligt haben, übernimmt. Ziel sollte es sein, so viele hallese KITAS wie möglich in einem Verbund oder in zwei Verbänden am Bundesprogramm zu beteiligen. Insbesondere sollte die Zuordnung der Fachberatungsstelle/n geklärt werden.

Tobias Kühne